



# AMTSBLATT

## der Stadt Mönchengladbach

Nr. 25

Jahrgang 46  
15. Juli 2020

### Der Oberbürgermeister gibt bekannt:

**Allgemeinverfügung  
der Stadt Mönchengladbach  
vom 06.07.2020 zur regelhaften  
Testung von Neu- und Wieder-  
aufnahmen in vollstationären  
Dauer- und Kurzzeitpflege-  
einrichtungen sowie bei  
Versorgung durch einen ambu-  
lanten Pflegedienst oder einen  
Dienst der Eingliederungshilfe  
zur Verhinderung der weiteren  
Ausbreitung von SARS-CoV-2**

Die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen, für die außerhalb einer stationären Pflegeeinrichtung keine angemessene Pflege und Betreuung sichergestellt werden kann, muss auch während einer epidemischen Lage verlässlich durch stationäre Pflege- und Betreuungsangebote gewährleistet werden. Dies gilt vordringlich für Pflegebedürftige, die in ihrer Häuslichkeit nicht mehr ausreichend versorgt werden können und deshalb in eine Pflegeeinrichtung aufgenommen werden müssen (z.B. auch nach Krankenhausaufenthalt). Auch muss die Rückkehr von Bewohnerinnen und Bewohnern aus Pflegeeinrichtungen nach einem stationären Krankenhausaufenthalt möglich bleiben.

Besondere Herausforderungen ergeben sich dabei aus dem aktuellen landesweiten SARS-CoV-2-Ausbruch und den großen Risiken für Gesundheit und Leben der Bewohnerinnen und Bewohner, die mit einem Infektionsgeschehen in stationären Pflegeeinrichtungen und vergleichbaren Einrichtungen verbunden sind. Hinsichtlich der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen wird von einer besonders hohen Vulnerabilität und im Falle einer Infektion von einer hohen Letalität ausgegangen.

Auch die Versorgung von hilfs- und pflegebedürftigen Personen durch ambulante Pflegedienste und Dienste der Eingliederungshilfe in der eigenen Häuslichkeit muss gewährleistet werden. Eine unentdeckte Infektion eines Kunden könnte die an der Versorgung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mittelbar auch andere Kunden des Dienstes gefährden.

Die Lage in Nordrhein-Westfalen ist weiterhin als fragil einzustufen, weshalb weiterhin Schutzmaßnahmen im Falle von Neu- und Wiederaufnahmen in o. a. Einrichtungen und Dienste erforderlich sind.

Deshalb erlässt die Stadt Mönchengladbach als zuständige Behörde auf der Grundlage der §§ 28 Abs. 1 IfSG und 14 Abs. 1 OBG mit sofortiger Wirkung folgende Allgemeinverfügung.

Durch diese Allgemeinverfügung sind folgende Regelungen einzuhalten bzw. umzusetzen:

Durch diese Allgemeinverfügung sind folgende Regelungen einzuhalten bzw. umzusetzen:

**1 Durch Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte:**

1.1. Bei Neu- und Wiederaufnahmen in Pflegeeinrichtungen (vollstationäre Dauer- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen), die aus einem Krankenhaus erfolgen, haben die Krankenhäuser zu gewährleisten, dass für die Bewohnerin bzw. den Bewohner eine Testung nach den jeweiligen aktuellen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes auf das SARS-CoV-2-Virus erfolgt ist. Das Testergebnis muss bei Einzug mitgeführt werden und darf zum Zeitpunkt der Entlassung nicht älter als 48 Stunden sein. Gleiches gilt, wenn die Patientin bzw. der Patient in die Häuslichkeit entlassen wird und dort durch einen ambulanten Pflegedienst bzw. einen Dienst der Eingliederungshilfe versorgt wird. Die aufnehmende Einrichtung bzw. der versorgende Dienst sind schriftlich über das Ergebnis der Testung zu informieren.

1.2. Bei Neuaufnahmen in Pflegeeinrichtungen, die nicht aus dem Krankenhaus erfolgen, ist eine Testung nach den jeweiligen aktuellen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes auf das SARS-CoV-2-Virus durch einen behandelnden Haus- oder Facharzt vorzunehmen. Zum Zeitpunkt der Aufnahme darf das Testergebnis nicht älter als 48 Stunden sein. Die aufnehmende Einrichtung ist schriftlich über das Ergebnis der Testung zu informieren.

1.3. Bei erstmaliger Versorgung einer Kundin bzw. eines Kunden durch einen ambulanten Pflegedienst bzw. einen Dienst der Eingliederungshilfe ist eine Testung nach den jeweiligen aktuellen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes auf das SARS-CoV-2-Virus durch einen behandelnden Haus- oder Facharzt vorzunehmen. Das Ergebnis soll nach Möglichkeit vor dem ersten Einsatz vorliegen.

1.4. Behandelnde Haus- oder Fachärzte haben eine weitere Testung zum Ende der Inkubationsphase frühestens am fünften Tag nach (Wieder-) Aufnahme in der Einrichtung vorzunehmen.

**2. Durch Bewohnerinnen und Bewohner:**

2.1. Alle Bewohnerinnen und Bewohner, die neu in eine vollstationäre Dauer- oder Kurzzeitpflegeeinrichtung aufgenommen werden, bzw. nach mindestens 24-stündigem Krankenhausaufenthalt in die Einrichtung zurückkehren, müssen für die Dauer von 14 Tagen innerhalb der Einrichtung von den übrigen Bewohnerinnen und Bewohnern getrennt untergebracht, gepflegt, betreut und versorgt werden. Zu diesem Zweck ist die Bewohnerin oder der Bewohner verpflichtet, sich ausschließlich in einem

Bewohnerzimmer mit zugehörigem Bad und ggf. zugehörigem Balkon / Terrasse aufzuhalten (Einzelzimmerquarantäne).

2.2. Sofern in der Pflegeeinrichtung ein separater Quarantänebereich eingerichtet wurde, ist die Bewohnerin oder der Bewohner verpflichtet, sich ausschließlich im ausgewiesenen Quarantänebereich aufzuhalten. Alle Bewohnerinnen und Bewohner sind verpflichtet, innerhalb des Quarantänebereiches zu etwaigen weiteren Bewohnerinnen und Bewohnern im Quarantänebereich einen Mindestabstand von 1,5m einzuhalten.

2.3. Ein Verlassen der Einzelzimmerquarantäne sowie des Quarantänebereiches darf ausschließlich zum Zweck eines Aufenthaltes im Freien erfolgen und ist durchgehend von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der Einrichtung zu begleiten, der für die Einhaltung des Mindestabstandes zu Dritten Sorge trägt. In der Phase der Quarantäne ist ein freies Bewegen innerhalb der Einrichtung nicht möglich.

2.4. Die Quarantäne kann nur beendet werden, wenn die Bewohnerin oder der Bewohner seit mindestens 48 Stunden keine Symptome für eine COVID-19-Erkrankung zeigt.

2.5. Die Quarantäne kann vorzeitig vor Ablauf der 14-Tagesfrist beendet werden, sofern eine erneute Testung auf SARS-CoV-2, die frühestens am fünften Tag nach (Wieder-) Aufnahme erfolgen darf, ein negatives Testergebnis ergeben hat und die Bewohnerin oder der Bewohner seit mindestens 48 Stunden keine Symptome für eine COVID-19-Erkrankung zeigt. Die zweite Testung ist durch einen behandelnden Haus- oder Facharzt vorzunehmen. Das Ergebnis ist der Einrichtung schriftlich zu bestätigen.

2.6. Die in den Absätzen 1 und 2 enthaltenen Regelungen gelten auch sinngemäß für die Wiederaufnahme aus stationären Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.

### 3. Durch Pflegeeinrichtungen:

3.1. Alle vollstationären Dauer- oder Kurzzeitpflegeeinrichtungen haben die Quarantäne von neu aufgenommenen und aus dem Krankenhaus zurückkehrenden Bewohnerinnen und Bewohnern in Einzelzimmern oder entsprechend ausgewiesenen Quarantänebereichen zu ermöglichen.

3.2. Für die Dauer der Quarantäne ist eine getrennte Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner, die sich aufgrund der o.g. Fallkonstellation in Quarantäne befinden, zu gewährleisten. Sollte mehr als ein Bewohner zeitgleich in einer Einrichtung unter Quarantäne stehen, dann ist auch ein Kontakt der Quarantäne-Bewohner untereinander zu verhindern, sofern diese Personen nicht vorher bereits in häuslicher Gemeinschaft oder gemeinschaftlich in einem Doppelzimmer gelebt haben.

3.3. Die Einrichtungsleitung hat dafür Sorge zu tragen, dass die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner die Vorgaben des Absatzes 2 einhalten.

3.4. Die Pflegeeinrichtung soll den Bewohnern, die sich in Quarantäne befinden, einen Aufenthalt im Freien ermöglichen, wenn diese das wünschen. Die begleitenden Mitarbeiter haben beim Verlassen des Quarantänebereiches Sorge zu tragen, dass die Hygienevorschriften durch die Bewohnerin oder den Bewohner eingehalten werden und ein Mindestabstand zu Dritten von mind. 1,5m eingehalten wird. Das Personal muss hierbei geeignete Schutzausrüstung (mindestens Atemschutzmasken, die den Mindestanforderungen an FFP2-Atemschutzmasken genügen) tragen, um sicher vor einer Infektion geschützt zu werden.

3.5. Bei der Einrichtung eines Quarantänebereiches sind auch Verlegungen von gesunden und nicht infizierten Bewohnerinnen und Bewohnern innerhalb der Einrichtung zulässig, wenn dies erforderlich ist.

3.6. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist zur Pflege und Versorgung der in Quarantäne befindlichen Bewohnerinnen und Bewohner in ausreichendem Umfang persönliche Schutzausrüstung, bestehend aus Einweghandschuhen und Atemschutzmasken, die den Mindestanforderungen an FFP2-Atemschutzmasken genügen sowie bei direkter Pflege mit Körperkontakt Schutzbrillen, Schutzkitteln bzw. Schutzoveralls entsprechend den aktuellen Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes zur Verfügung zu stellen. Hände- und Flächendesinfektionsmittel sind in erforderlichem Umfang vorzuhalten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind über den sachgerechten Umgang einzuweisen.

3.7. Der Gesundheitszustand von allen in Quarantäne befindlichen Bewohnerinnen und Bewohnern ist täglich zu do-

kumentieren. Hierzu sind mindestens Angaben zu den Vitalwerten (Temperatur, bei Bedarf Blutdruck, Puls, Atemfrequenz, Sauerstoffsättigung) zu machen.

### 4. Durch anbieterverantwortete Wohngemeinschaften:

4.1. Die in den Absätzen 1 bis 4 enthaltenen Regelungen gelten sinngemäß auch für anbieterverantwortete Wohngemeinschaften im Sinne des § 24 Absatz 3 Wohn- und Teilhabegesetzes.

#### Zwangsmittellandrohung:

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die unter Absätzen 1 und 2 getroffenen Anordnungen wird gem. § 63 Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (VwVG NRW) ein Zwangsgeld in Höhe von 100,00 Euro angedroht. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die unter Absätzen 3 und 4 getroffenen Anordnungen wird gem. § 63 VwVG NRW ein Zwangsgeld in Höhe von 1.000,00 Euro angedroht.

#### Begründung:

Diese Allgemeinverfügung erlasse ich als zuständige Behörde gem. § 43 Abs. 1 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG NRW) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Feststellung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz IfSBG). Rechtsgrundlage für die zu treffenden Maßnahmen sind die §§ 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG und 14 Abs. 1 OBG. Unter den Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 S. 2 IfSG kann die zuständige Behörde Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten. Nach § 15 Abs. 2 WTG NRW können gegenüber Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbietern von Pflegeeinrichtungen Anordnungen zur Abwendung einer drohenden Gefahr erlassen werden.

Nach Ziff. 6 der Allgemeinverfügung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (CoronaAVPflegeundBesuche) vom 19.06.2020 sind Testungen auf Veranlassung der unteren Gesundheitsbehörde durchzuführen. Entsprechend der Handreichung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu Testungen auf SARS-CoV-2 (Stand 19.06.2020, S. 4 – Testung ohne Anlassbezug) sind diese zum Schutz der besonders vulnerablen Personengruppe durchzuführen.

Dies ist angezeigt, da die Lage in Nordrhein-Westfalen weiterhin fragil ist und das Risiko einer Infektion von hilfs- und pflegebedürftigen Personen minimiert werden soll.

Diese Allgemeinverfügung ist für eine einheitliche Vorgehensweise im gesamten Zuständigkeitsbereich notwendig.

**Sie stellt die erforderliche Veranlassung der unteren Gesundheitsbehörde dar und rechtfertigt insofern zur Abrechnung der Laborkosten gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung.**

Der Inhalt der Allgemeinverfügung entspricht überdies dem Willen des Bundesgesetzgebers in Ausführung der Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 08.06.2020 (vgl. § 4 Testungen zur Verhütung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2).

Bei der Verpflichtung zur Testung werden neben den Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeeinrichtungen folgerichtig auch Kundinnen und Kunden von ambulanten Pflegediensten und Diensten der Eingliederungshilfe mitberücksichtigt. Auch hier stellt eine unentdeckte Infektion ein hohes gesundheitliches Risiko für Mitarbeiter und weitere Kunden des Dienstes dar.

Der weitere Inhalt der Allgemeinverfügung definiert Näheres zur Durchführung einer sachgerechten Quarantäne in Pflegeeinrichtungen.

Ziel ist es, das Risiko eines Vireneintritts des SARS-CoV-2 Virus in Pflegeeinrichtungen zu minimieren. Neu- und wiederaufgenommene Bewohnerinnen und Bewohner sind als Verdachtsfall zu werten. Dies zum einen, weil im Zeitraum zwischen Testung und Aufnahme in der Einrichtung eine Infektion erfolgt sein könnte. Zum anderen weil auch zum Zeitpunkt der Testung bereits eine Infektion erfolgt sein könnte, diese aufgrund der Inkubationszeit aber noch nicht zu einem positiven Testergebnis führen konnte. Der möglichen Gefahr eines Vireneintritts in die Einrichtung, die durch eine unentdeckte Infektion für alle Bewohner und Mitarbeiter besteht, soll deshalb durch die vorstehenden Quarantäneregelungen entgegengewirkt werden.

Die getroffenen Regelungen berücksichtigen, dass neuaufgenommene Bewohnerinnen und Bewohner aus der Häuslichkeit aus einem Umfeld kommen, in dem keine Gewähr für die Einhaltung der derzeit gültigen Hygienevorschriften im Umgang mit SARS-CoV-2 übernommen werden kann. Insofern stellen diese Personen ein erhöhtes Risiko dar.

Bewohnerinnen und Bewohner, die nach einem Krankenhausaufenthalt zurückkehren, kommen aus einer geschützten Umgebung, da von der Einhaltung der notwendigen Hygienemaßnahmen durch das

Krankenhauspersonal ausgegangen werden kann. Ein ungeschützter Kontakt zu Mitpatienten, die potentiell SARS-CoV-2 infiziert sind, kann allerdings nicht ausgeschlossen werden. Insofern stellen auch diese Personen ein erhöhtes Risiko dar.

Das Infektionsrisiko der Bestandsbewohner, die die Einrichtung zu Spaziergängen oder Ähnlichem unter Einhaltung der Abstandsregelungen und Schutzvorschriften (z.B. Tragen eines Mund-Nasenschutzes in Geschäften) verlassen, wird im Vergleich dazu als gering angesehen.

Die angeordneten Maßnahmen entsprechen überdies den aktuellen fachlichen Weisungen des Robert-Koch-Institutes (Prävention und Management von COVID-19 in Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen (Stand 20.05.2020). Sie sind als aktueller Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse anzusehen und insofern fachlich zu berücksichtigen.

Die getroffenen Maßnahmen sind geeignet, um eine Ausbreitung der Infektion mit COVID-19 zu verlangsamen und das Risiko eines Ausbruchsgeschehens in einer ambulanten oder stationären Pflegeeinrichtung zu minimieren und eine Gefahr für Leib und Leben besonders schutzbedürftiger Personen zu verringern.

Die Allgemeinverfügung ist angemessen, da sie nicht außer Verhältnis zu dem in der Allgemeinverfügung angestrebten Schutz höherwertiger Rechtsgüter wie Leben, Leib und Gesundheit der Bevölkerung bzw. der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen steht. Die getroffenen Maßnahmen berücksichtigen differenziert das Gefährdungspotential und sind hierauf inhaltlich abgestimmt. Insbesondere die Dauer der Quarantäne steht in Relation zu einem möglichen Infektionsrisiko.

Die Allgemeinverfügung ist zudem erforderlich, um Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen vor einer SARS-CoV-2 Infektion zu schützen.

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar (§ 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG).

Eine Klage hat somit keine aufschiebende Wirkung.

Auf die Strafvorschrift des § 75 Abs. 1 Nr. 1 IfSG wird hingewiesen.

**Zur Zwangsmittelandrohung:**

Die Androhung des Zwangsgeldes stützt sich auf die § 55, § 57 Abs. 1 Nr. 2 und § 60 Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW (VwVG NRW). Nach § 55 Abs. 1 VwVG NRW kann ein Verwaltungsakt, der auf die Vornahme einer Handlung oder auf Duldung oder Unterlassung gerichtet ist, mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden, wenn er unanfechtbar ist oder wenn

Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung haben.

Das Zwangsmittel ist das geeignete Mittel zur Durchsetzung meiner Forderung. Andere, weniger belastende Zwangsmittel, sind nicht ersichtlich. Zudem ist die Androhung eines Zwangsgeldes im Hinblick auf die Güterabwägung erforderlich. Abgewogen hierbei werden die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner bezüglich ihrer Freiheitsrechte sowie der Leistungsanbieter an einer störungsfreien eigenverantwortlichen und wirtschaftlich orientierten Führung des jeweiligen Betriebs und die Interessen der übrigen Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeeinrichtung an einem möglichst selbstbestimmten und selbstständigen Leben, frei von Gefahren für Leib und Seele. Insbesondere unter Berücksichtigung des erhöhten Schutzbedarfes der Bewohnerinnen und Bewohner wird den schützenswerten Gütern der Bewohnerinnen und Bewohner eine höhere Bedeutung beigemessen.

Die Höhe der angedrohten Zwangsgelder sind geeignet, der Forderung in ausreichendem Maß Nachdruck zu verleihen. Die Höhe steht auch nicht erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg. Somit sind die Zwangsgelder in angedrohter Höhe angemessen und verhältnismäßig.

Ich weise darauf hin, dass Zwangsmittel so oft angedroht, festgesetzt und in der Höhe gewechselt werden können, bis der Zweck dieser Verfügung erfüllt ist.

**Bekanntmachungshinweis:**

Diese Allgemeinverfügung gilt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekanntgegeben gem. § 41 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW).

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ist sie zunächst bis einschließlich 31.08.2020 befristet.

Sofern es die Lage erfordert, kann sie verlängert werden.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Sie können innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf, Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts Klage erheben. Die Klage kann auch als elektronisches Dokument nach Maßgabe des § 55a VwGO und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) eingereicht werden.

In Vertretung

Dr. Gert Fischer  
Beigeordneter

## Öffentliche Bekanntmachung

Es ist beabsichtigt, die Eigentümer der beitragspflichtigen Grundstücke von den nachfolgend genannten Erschließungsanlagen gemäß § 133 Abs. 1 BauGB bzw. § 8 KAG/NW zu Anliegerbeiträgen heranzuziehen.

<b>Verzeichnis der erstmalig endgültig hergestellten Erschließungsanlagen, die nach den §§ 127 ff. BauGB abzurechnen sind</b>
---

Stadtbezirk	Erschließungsanlage	Bereich
West	Rennbahnweg	von Haus Nr. 18 bis Haus Nr. 46
Nord	Gartenkamp - Wohnweg -	von Haus Nr. 36 bis Haus Nr. 40
Nord	Haierbäumchen - Stichstraße -	von Haus Nr. 54 bis Haus Nr. 34 einschl. Stichstraße zu Haus Nr. 44
Nord	Haierbäumchen	von Gartenkamp 22 bis Haus Nr. 47 und Stichweg Haus Nr. 57 bis Haus Nr. 61
Ost	Spindelweg – Stichstraße –	von Haus Nr. 10 bis Haus Nr. 12a

<b>Verzeichnis der Erschließungsanlagen, für die Beiträge nach § 8 KAG/NW zu erheben sind</b>
---

Stadtbezirk	Erschließungsanlage	Bereich
Nord	Viersener Straße	von Bonhoefferstraße bis Marienburger Straße
West	Augsteinstraße	von Haus Nr. 12 bis Haus Nr. 24
West	Augsteinstraße	von Haus Nr. 23 bis Haus Nr. 33
West	Augsteinstraße	von Haus Nr. 28 bis Haus Nr. 40
West	Augsteinstraße	von Haus Nr. 44 bis Haus Nr. 56
West	Taubengasse	von Berger Dorfstraße bis Am Tannenwäldchen
Süd	Färberstraße	von Stockholtweg bis Friedensstraße

Mönchengladbach, den 23.06.2020

Der Oberbürgermeister  
In Vertretung

Dr.-Ing. Gregor Bonin  
Stadtdirektor und Technischer Beigeordneter

### Öffentliche Ausschreibung

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name Stadt Mönchengladbach,  
Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,  
Umwelt VI/V – Vergabestelle  
Straße Markt 11  
Plz, Ort 41236, Mönchengladbach  
E-Mail  
zentrale-vergabestelle-dezernatVI  
@moenchengladbach.de

**b) Vergabeverfahren**

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer GMMG-2020-039

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

- ohne elektronische Signatur (Textform)
- postalischer Versand

**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen

**e) Ort der Ausführung**

Förderzentrum Süd,  
Frankfurter Str. 12,  
41236 Mönchengladbach

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose**

Dachdeckerarbeiten (Flachdachsanie-  
rung aufgrund von Undichtigkeiten)

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**

Zweck der baulichen Anlage  
Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)**

-nein

**i) Ausführungsfristen**

- Beginn der Ausführung 10.08.2020
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 23.10.2020

**j) Nebenangebote**

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

**k) mehrere Hauptangebote**

- zugelassen

**l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden elektronisch

zur Verfügung gestellt unter:  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0Y2UA/>  
documents

Nachforderung  
Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit  
Angebotsabgabe gefordert war, wer-  
den nachgefordert

**o) Ablauf der Angebotsfrist**

am 21.07.2020 um 11:00 Uhr  
Ablauf der Bindefrist am 20.08.2020

**p) Adresse für elektronische Angebote**

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0Y2UA/>  
Anschrift für schriftliche Angebote wie  
unter a)

**q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**

DE

**r) Zuschlagskriterien**

nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf.  
einschl. Gewichtung:  
Kriterium: Niedrigster Preis

**s) Eröffnungstermin**

am 21.07.2020 um 11:00 Uhr

Ort  
Rathaus Rheydt, Eingang E,  
Erdgeschoss, Zi. 131; Markt 11;  
1236 Mönchengladbach

Angebotsabgabe elektronisch über die  
Vergabepattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
Personen, die bei der Eröffnung an-  
wesend sein dürfen Bieter sind zum Er-  
öffnungstermin zugelassen.

**t) geforderte Sicherheiten**

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zah-  
lungsbedingungen und/oder Hinwei-  
se auf die maßgeblichen Vorschrif-  
ten, in denen sie enthalten sind**

**v) Rechtsform der/Anforderung an Bie-  
tergemeinschaften**

**w) Beurteilung der Eignung**

Unterlagen, die mit dem Angebot abzu-  
geben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmer-  
leistungen (wenn Teile der Leistung  
an Nachunternehmer vergeben wer-  
den sollen; bei Abgabe mehrerer  
Hauptangebote für jedes Haupt-  
angebot, in dem Teile der Leistung  
an Nachunternehmer vergeben wer-  
den sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemein-  
schaft (wenn das Angebot von einer  
Bietergemeinschaft abgegeben wird;  
bei Abgabe mehrerer Hauptangebo-  
te für jedes Hauptangebot einer  
Bietergemeinschaft)
- Angabe der PQ-Nummer im An-  
gebotsschreiben oder Formblatt  
Eigenerklärung zur Eignung oder  
Einheitliche Europäische Eigen-  
erklärung
- Sachkundenachweise: TRGS 519

Unterlagen, die auf Verlangen der Ver-  
gabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im  
Formblatt Eigenerklärung zur Eignung  
genannten Angaben
- Gewerbeanmeldung, Handelsregis-  
terauszug und Eintragung in der  
Handwerksrolle (Handwerkskarte)  
bzw. bei der Industrie- und Handels-  
kammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigung  
der tariflichen Sozialkasse, falls das  
Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung  
des Finanzamtes bzw. Bescheini-  
gung in Steuersachen, falls das  
Finanzamt eine solche Bescheini-  
gung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach §  
48b Einkommensteuergesetz

**x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)  
Name Bezirksregierung Düsseldorf -  
Dezernat 34  
Straße Postfach 30 08 65  
Plz, Ort 40408 Düsseldorf

**Sonstiges**

Bitte nutzen Sie zur Adressierung Ihres  
Angebotes den beigefügten Angebots-  
kennzettel.

oder

Angebotsabgabe elektronisch über die  
Vergabepattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y2UA

## Öffentliche Ausschreibung

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabe-  
stelle)**

Name Stadt Mönchengladbach,  
Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,  
Umwelt VI/V – Vergabestelle  
Straße Markt 11  
Plz, Ort 41236, Mönchengladbach  
E-Mail  
zentrale-vergabestelle-dezernatVI  
@moenchengladbach.de

**b) Vergabeverfahren**

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer GMMG-2020-049

**c) Angaben zum elektronischen Ver-  
gabeverfahren und zur Ver- und Ent-  
schlüsselung der Unterlagen**

- ohne elektronische Signatur  
(Textform)
- postalischer Versand

**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen

**e) Ort der Ausführung**

Vossenbäumchen 50,  
41169 Mönchengladbach

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf.  
aufgeteilt in Lose**

Erstellung einer Lüftungsanlage für den  
Krafraum, Duschräume und die innen-  
liegenden Aufenthaltsräume.

**g) Angaben über den Zweck der bauli-  
chen Anlage oder des Auftrags, wenn  
auch Planungsleistungen gefordert  
werden**

Zweck der baulichen Anlage  
Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang  
siehe Buchstabe f)**

- nein

**i) Ausführungsfristen**

- Beginn der Ausführung 21.09.2020
- Fertigstellung oder Dauer der Lei-  
stungen 21.10.2020

**j) Nebenangebote**

- nur in Verbindung mit einem  
Hauptangebot

**k) mehrere Hauptangebote**

- zugelassen

**l) Bereitstellung/Anforderung der Ver-  
gabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden elektronisch  
zur Verfügung gestellt unter:

[https://www.vmp-rheinland.de/  
VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y23T/  
documents](https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y23T/documents)

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit  
Angebotsabgabe gefordert war, wer-  
den nachgefordert

**o) Ablauf der Angebotsfrist**

am 22.07.2020 um 10:30 Uhr

Ablauf der Bindefrist am 21.08.2020

**p) Adresse für elektronische Angebote**

[https://www.vmp-rheinland.de/  
VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y23T](https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y23T)  
Anschrift für schriftliche Angebote wie  
unter a)

**q) Sprache, in der die Angebote abge-  
fasst sein müssen:**

DE

**r) Zuschlagskriterien**

nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf.  
einschl. Gewichtung:  
Kriterium: Niedrigster Preis

**s) Eröffnungstermin**

am 22.07.2020 um 10:30 Uhr

Ort

Rathaus Rheydt, Eingang E,  
Erdgeschoss, Zi. 131; Markt 11;  
41236 Mönchengladbach

Angebotsabgabe elektronisch über die  
Vergabepattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Personen, die bei der Eröffnung anwe-  
send sein dürfen

Bieter oder deren Bevollmächtigte sind  
zur Angebotseröffnung zugelassen.

**t) geforderte Sicherheiten**

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zah-  
lungsbedingungen und/oder Hinwei-  
se auf die maßgeblichen Vorschrif-  
ten, in denen sie enthalten sind**

**v) Rechtsform der/Anforderung an Bie-  
tergemeinschaften**

**w) Beurteilung der Eignung**

Unterlagen, die mit dem Angebot abzu-  
geben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmer-  
leistungen (wenn Teile der Leistung  
an Nachunternehmer vergeben wer-  
den sollen; bei Abgabe mehrerer  
Hauptangebote für jedes Haupt-  
angebot, in dem Teile der Leistung  
an Nachunternehmer vergeben wer-  
den sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemein-  
schaft (wenn das Angebot von einer  
Bietergemeinschaft abgegeben wird;  
bei Abgabe mehrerer Hauptangebo-  
te für jedes Hauptangebot einer  
Bietergemeinschaft)

- Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

#### x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)  
Name Bezirksregierung Düsseldorf -  
Dezernat 34  
Straße Postfach 30 08 65  
Plz, Ort 40408 Düsseldorf

#### Sonstiges

Bitte nutzen Sie zur Adressierung Ihres Angebotes den beigefügten Angebotskennzettel.

oder

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y23T

## Bekanntmachung Öffentliche Ausschreibung

#### a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name Stadt Mönchengladbach,  
Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,  
Umwelt VI/V – Vergabestelle  
Straße Markt 11  
Plz, Ort 41236, Mönchengladbach  
E-Mail  
zentrale-vergabestelle-dezernatVI  
@moenchengladbach.de

#### b) Vergabeverfahren

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer GMMG-2020-058

#### c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

- ohne elektronische Signatur (Textform)
- postalischer Versand

#### d) Art des Auftrags

- Ausführung von Bauleistungen

#### e) Ort der Ausführung

6. Gesamtschule Stadtmitte, Auslagerung Karl-Fegers-Straße 85, Karl-Fegers-Straße 85, 41061 Mönchengladbach

#### f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

Erneuerung der elektrotechnischen Infrastruktur für die Starkstrom- und Fernmelde- und informationstechnische Anlage, Erweiterung der bestehenden ELA-Anlage und einer NGRS-Anlage.

Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: 3

Los Nr.: 1 Bezeichnung: Elektrotechnik

Abweichender Erfüllungsort:  
Es gibt keine Abweichung vom allgemeinen Haupterfüllungsort

Art und Umfang der Leistung:  
Erneuerung der elektrotechnischen Infrastruktur für die Starkstrom- und Fernmelde- und informationstechnische Anlage.

Zuschlagskriterien:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Zuschlagskriterien

Bestimmungen über Ausführungsfrist:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Ausführungsfristen

Los Nr.: 2 Bezeichnung: ELA-Anlage

Abweichender Erfüllungsort:  
Es gibt keine Abweichung vom allgemeinen Haupterfüllungsort

Art und Umfang der Leistung:  
Erweiterung der bestehenden ELA-Anlage.

Zuschlagskriterien:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Zuschlagskriterien

Bestimmungen über Ausführungsfrist:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Ausführungsfristen

Los Nr.: 3 Bezeichnung: NGRS-Anlage

Abweichender Erfüllungsort:  
Es gibt keine Abweichung vom allgemeinen Haupterfüllungsort

Art und Umfang der Leistung:  
Erweiterung einer NGRS-Anlage.

Zuschlagskriterien:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Zuschlagskriterien

Bestimmungen über Ausführungsfrist:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Ausführungsfristen

Los Nr.: 3 Bezeichnung: NGRS-Anlage

Abweichender Erfüllungsort:  
Es gibt keine Abweichung vom allgemeinen Haupterfüllungsort

Art und Umfang der Leistung:  
Erweiterung einer NGRS-Anlage.

Zuschlagskriterien:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Zuschlagskriterien

Bestimmungen über Ausführungsfrist:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Ausführungsfristen

#### g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage  
Zweck des Auftrags

#### h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

ja, Angebote sind möglich  
- für ein oder mehrere Lose

#### i) Ausführungsfristen

Beginn der Ausführung 01.08.2020  
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 01.08.2021

#### j) Nebenangebote

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

#### k) mehrere Hauptangebote

- zugelassen

#### l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter:

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2GX/documents>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert

#### o) Ablauf der Angebotsfrist

am 23.07.2020 um 10:30 Uhr  
Ablauf der Bindefrist am 22.08.2020

#### p) Adresse für elektronische Angebote

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2GX>  
Anschrift für schriftliche Angebote wie unter a)

#### q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

DE

#### r) Zuschlagskriterien

nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:

Kriterium: Niedrigster Preis

#### s) Eröffnungstermin

am 22.07.2020 um 10:30 Uhr  
Ort

Rathaus Rheydt, Eingang E,  
Erdgeschoss, Zi. 131; Markt 11;  
41236 Mönchengladbach

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung zugelassen.

#### t) geforderte Sicherheiten

#### u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinwei-

se auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

**v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**

**w) Beurteilung der Eignung**

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

**x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name Bezirksregierung Düsseldorf -  
Dezernat 34

Straße Postfach 30 08 65

Plz, Ort 40408 Düsseldorf

Sonstiges

Bitte nutzen Sie zur Adressierung Ihres Angebotes den beigefügten Angebotskennzettel.

oder

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabepattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y2GX

Bezeichnung der Bauleistung:

Kurzbezeichnung

Bauwerk 1011: Brücke Viersener Straße über Hermann-Piecq-Anlage - Erneuerung der Überbauten und der angrenzenden Straßen- u. Gehwegbereiche  
Vergabenummer 66-2020-020  
(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

**Auftragsbekanntmachung  
National  
Bekanntmachungstext**

(Der unter a) bis x) angegebene Text dient nur zur Erläuterung; er ist aus drucktechnischen Gründen in der Bekanntmachung nicht zu wiederholen)

**a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie Emailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle):**

Bezeichnung: Stadt Mönchengladbach, Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt VI/V – Vergabestelle  
Straße Markt 11  
Plz, Ort 41236, Mönchengladbach  
E-Mail  
zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de

**b) Gewähltes Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung

**c) ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung:**

Art der akzeptierten Angebote  
- Elektronisch in Textform

**d) Art des Auftrags:**

Ausführung von Bauleistungen

**e) Ort der Ausführung:**

Viersener Straße, Mönchengladbach

**f) Art und Umfang der Leistung:**

Die Brücke Viersener Straße ist eine dreifeldrige Straßenbrücke (L1=14,00m/ L2=27,81m/ L3=14,09m). Die zwei vorhandenen Spannbetonüberbauten der Brücke Viersener Straße sollen durch einen neuen Überbau als Stahlverbundkonstruktion ersetzt werden. Die Unterbauten (Widerlager und Stützen) bleiben erhalten. Die vorh. Brückenfläche beträgt Breite: 24,90m x Länge: 56,00m = 1.394 m<sup>2</sup>. Die neue Brückenfläche beträgt Breite: 19,55 x Länge: 56,00m = 1.095 m<sup>2</sup>.

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:**

Erbringung von Planungsleistungen:  
Nein

**h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für ein, mehrere oder alle Lose einzureichen:**

Die Vergabe wird nicht in Lose aufgeteilt.

**i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen:**

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Beginn der Ausführung spätestens am 22.02.2021

Vollendung der Ausführung spätestens am 21.08.2021

weiteres siehe Vergabeunterlagen

**j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs.2 Nr. 3 VOB/A zur Nichtzulassung von Nebenangeboten:**

Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

**k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrere Hauptangebote:**

Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen

**l) Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, Email-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 VOB/A bleibt unberührt**

elektronisch:  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2Z9/documents>

**m) Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:**

**n) Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden:**

**o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist:**  
Angebotsfrist: 27.07.2020 10:30 Uhr  
Bindefrist: 07.09.2020

**p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:**

Eine Abgabe per Post ist nicht möglich. Die Abgabe elektronischer Angebote unter

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2Z9>

**q) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:**

Eine Abgabe per Post ist nicht möglich. Die Abgabe elektronischer Angebote unter

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2Z9>

unter Beachtung der dort genannten Nutzungsbedingungen ist zugelassen.

**q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**

DE

**r) Die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung:**

Kriterium	Gewichtung
Angebotspreis	70,0%
Konzept zum Termin- und Zeitmanagement (Bauzeitenplan)	20,0%
Konzept Baulogistik- und Bauablaufmanagement	10,0%

**s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins, sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**

27.07.2020 10:30 Uhr

Ort der Öffnung:

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform <https://www.vmp-rheinland.de>

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:

Bieter sind zum Eröffnungstermin nicht zugelassen.

**t) Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:**

Sicherheit für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

Soweit die Auftragssumme bei einem Auftrag im Offenen Verfahren oder in einer Öffentlichen Ausschreibung mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer ohne Nachträge) zu leisten.

Sicherheit für Mängelansprüche (§ 17 VOB/B)

Nach erfolgter Abnahme ist Sicherheit für Mängelansprüche zu leisten. Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 % der Summe der Abschlagszahlungen inkl. Umsatzsteuer zum Zeitpunkt der Abnahme.

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:**

**v) Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:**

**w) Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bieters:**

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind

- HVA B-StB Eigenerklärung zur Eignung (falls keine PQ-Nummer vorhanden bzw. die PQ-Qualifizierung nicht einschlägig ist), alternativ Einheitliche Europäische Eigenerklärung

- Eignungsleihe technische und berufliche Leistungsfähigkeit
- Verpflichtungserklärung Vordruck 08-19

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung
- Zur Höhe des Umsatzes Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen

**x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann:**

Bezeichnung: Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 34 – Postanschrift: Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Sonstige Informationen für Bieter: Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform <https://www.vmp-rheinland.de>

Bieterfragen können nur bis zum 22.07.2020 gestellt werden.

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden: nachgefordert

Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y2Z9

## Bekanntmachung Öffentliche Ausschreibung

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name Stadt Mönchengladbach, Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt VI/V – Vergabestelle  
Straße Markt 11  
Plz, Ort 41236, Mönchengladbach  
E-Mail  
zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de

**b) Vergabeverfahren**

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer  
Vergabenummer GMMG-2020-054

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

- ohne elektronische Signatur (Textform)
- postalischer Versand

**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen

**e) Ort der Ausführung**

Will Sommer Grundschule Broich-Peel, Rochusstr. 326, 41179 Mönchengladbach

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose**

Demontage und Neuinstallation Elektro

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**

Zweck der baulichen Anlage  
Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)**

-nein

**i) Ausführungsfristen**

Beginn: 10.08.2020 (OGATA),  
01.12.2020 (Brandschutzsanierung)  
Ende: 30.11.2020 (OGATA),  
30.06.2021 (Brandschutzsanierung)

**j) Nebenangebote**

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

**k) mehrere Hauptangebote**

- zugelassen

**l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter:  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2QH/documents>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert



**o) Ablauf der Angebotsfrist**  
am 28.07.2020 um 11:00 Uhr  
Ablauf der Bindefrist am 27.08.2020

**p) Adresse für elektronische Angebote**  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2QH>  
Anschrift für schriftliche Angebote wie unter a)

**q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**  
DE

**r) Zuschlagskriterien**  
nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:  
Kriterium: Niedrigster Preis

**s) Eröffnungstermin**  
am 28.07.2020 um 11:00 Uhr  
Ort  
Rathaus Rheydt, Eingang E,  
Erdgeschoss, Zi. 131; Markt 11;  
41236 Mönchengladbach

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen  
Bieter sind zum Eröffnungstermin zugelassen.

**t) geforderte Sicherheiten**

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

**v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**

**w) Beurteilung der Eignung**  
Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert

nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

**x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)  
Name Bezirksregierung Düsseldorf  
– Dezernat 34 –  
Straße Postfach 30 08 65  
Plz, Ort 40408 Düsseldorf  
**Sonstiges**  
Bitte nutzen Sie zur Adressierung Ihres Angebotes den beigefügten Angebotskennzettel.  
oder  
Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y2QH

## Bekanntmachung Öffentliche Ausschreibung

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name Stadt Mönchengladbach,  
Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,  
Umwelt VI/V – Vergabestelle  
Straße Markt 11  
Plz, Ort 41236, Mönchengladbach  
E-Mail  
zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de

**b) Vergabeverfahren**

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer  
Vergabenummer GMMG-2020-057

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

- ohne elektronische Signatur (Textform)
- postalischer Versand

**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen

**e) Ort der Ausführung**

6. Gesamtschule Stadtmitte, Aachener Straße 179, 41061 Mönchengladbach

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose**

Die elektrotechnische Infrastruktur wird angepasst um Anschlüsse zur bauseitigen Errichtung eines flächendeckenden WLAN-Netzes für die Unterrichtsräume zu errichten. Des Weiteren soll eine ELA-Anlage und eine NGRS-Anlage installiert werden.

Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: 3

Los Nr.: 1 Bezeichnung: Elektrotechnik

Abweichender Erfüllungsort:  
Es gibt keine Abweichung vom allgemeinen Haupterfüllungsort

Art und Umfang der Leistung:

Die elektrotechnische Infrastruktur wird angepasst um Anschlüsse zur bauseitigen Errichtung eines flächendeckenden WLAN-Netzes für die Unterrichtsräume zu errichten.

Zuschlagskriterien:

Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Zuschlagskriterien

Bestimmungen über Ausführungsfrist:

Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Ausführungsfristen

Los Nr.: 2 Bezeichnung: ELA-Anlage

Abweichender Erfüllungsort:

Es gibt keine Abweichung vom allgemeinen Haupterfüllungsort

Art und Umfang der Leistung:

Installation einer ELA-Anlage.

Zuschlagskriterien:

Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Zuschlagskriterien

Bestimmungen über Ausführungsfrist:

Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Ausführungsfristen

Los Nr.: 3 Bezeichnung: NGRS-Anlage

Abweichender Erfüllungsort:  
Es gibt keine Abweichung vom allgemeinen Haupterfüllungsort

Art und Umfang der Leistung:

Installation einer NGRS-Anlage.

Zuschlagskriterien:

Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Zuschlagskriterien

Bestimmungen über Ausführungsfrist:  
Es gibt keine Abweichung von den allgemeinen Ausführungsfristen

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**  
Zweck der baulichen Anlage  
Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)**

ja, Angebote sind möglich  
- für ein oder mehrere Lose

**i) Ausführungsfristen**

Beginn der Ausführung  
01.09.2020  
Fertigstellung oder  
Dauer der Leistungen  
21.09.2021

**j) Nebenangebote**

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

**k) mehrere Hauptangebote**

- zugelassen

**l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter:  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0Y2G7/documents>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert

**o) Ablauf der Angebotsfrist**

am 28.07.2020 um 11.30 Uhr  
 Ablauf der Bindefrist am 27.08.2020

**p) Adresse für elektronische Angebote**

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0Y2G7>  
 Anschrift für schriftliche Angebote wie unter a)

**q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**

DE

**r) Zuschlagskriterien**

nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:  
Kriterium: Niedrigster Preis

**s) Eröffnungstermin**

am 28.07.2020 um 11:30 Uhr  
 Ort  
 Rathaus Rheydt, Eingang E,  
 Erdgeschoss, Zi. 131; Markt 11;  
 41236 Mönchengladbach

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
 Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen  
 Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung zugelassen.

**t) geforderte Sicherheiten**

Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)  
 Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

Sicherheitsleistung für  
 Mängelansprüche

Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind****v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften****w) Beurteilung der Eignung**

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- Vertragsformular/e Instandhaltung (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- Angabe der PQ-Nummer im Angebots schreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

**x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)  
 Name Bezirksregierung Düsseldorf -  
 Dezernat 34  
 Straße Postfach 30 08 65  
 Plz, Ort 40408 Düsseldorf

**Sonstiges**

Bitte nutzen Sie zur Adressierung Ihres Angebotes den beigefügten Angebotskennzettel.

oder  
 Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
 Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y2G7

**Öffentliche Ausschreibung****a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name Stadt Mönchengladbach,  
 Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,  
 Umwelt VI/V – Vergabestelle  
 Straße Markt 11  
 Plz, Ort 41236, Mönchengladbach  
 E-Mail  
 zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de

**b) Vergabeverfahren**

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
 Vergabenummer GMMG-2020-040

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

- ohne elektronische Signatur (Textform)
- postalischer Versand

**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen

**e) Ort der Ausführung**

Dreifachsporthalle Jahnhalle,  
 Volksgartenstr. 165,  
 41065 Mönchengladbach

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose**

Erneuerung der Teleskoptribüne  
 Technische Angaben zur Tribüne  
 Tribünenlänge pro Block ca. 15,00 m  
 Blockanzahl: 3 Stück  
 Sitzreihenanzahl 4 Stück  
 Reihentiefe ca. 0,75 m  
 Reihensteigung ca. 0,32 m  
 Breite der Stufengänge  
 jeweils ca. 1,00 m

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**

Zweck der baulichen Anlage  
 Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)**

- nein

**i) Ausführungsfristen**

- Beginn der Ausführung 12.10.2020
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 02.11.2020

**j) Nebenangebote**

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

**k) mehrere Hauptangebote**

- zugelassen

**l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter:  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0Y2J1/documents>

Nachforderung  
Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert

**o) Ablauf der Angebotsfrist**

am 29.07.2020 um 10:30 Uhr  
Ablauf der Bindefrist am 28.08.2020

**p) Adresse für elektronische Angebote**

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2J1>  
Anschrift für schriftliche Angebote wie unter a)

**q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**

DE

**r) Zuschlagskriterien**

nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:  
Kriterium: Niedrigster Preis

**s) Eröffnungstermin**

am 29.07.2020 um 10:30 Uhr  
Ort  
Rathaus Rheydt, Eingang E,  
Erdgeschoss, Zi. 131; Markt 11;  
41236 Mönchengladbach

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen  
Bieter sind zum Eröffnungstermin zugelassen.

**t) geforderte Sicherheiten**

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

**v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**

**w) Beurteilung der Eignung**

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- Angabe der PQ-Nummer im Angebotschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

- Prüfzeugnisse/-urkunden nach DIN und VDE; Eignungsbescheinigung für Schweißarbeiten (s. LV S. 7/8)

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

**x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)  
Name Bezirksregierung Düsseldorf - Dezernat 34  
Straße Postfach 30 08 65  
Plz, Ort 40408 Düsseldorf  
Sonstiges  
Bitte nutzen Sie zur Adressierung Ihres Angebotes den beigefügten Angebotskennzettel.  
oder  
Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y2J1

Bezeichnung der Bauleistung:

Kurzbezeichnung

Rahmenvertrag über Arbeiten an der öffentlichen Beleuchtung im gesamten Stadtgebiet MG - Neubau, Wartungs u. Unterhaltungsarbeiten an der Beleuchtung für Verkehrs-, Grünanlagen u. Sportplätze  
Vergabenummer  
66-2020-021  
(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

## Auftragsbekanntmachung National Bekanntmachungstext

(Der unter a) bis x) angegebene Text dient nur zur Erläuterung; er ist aus drucktechnischen Gründen in der Bekanntmachung nicht zu wiederholen)

**a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie Emailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle):**

Bezeichnung: Stadt Mönchengladbach,  
Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,  
Umwelt – VI/V – Vergabestelle –  
Postanschrift: Markt 11,  
41236 Mönchengladbach  
E-Mail:  
zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de

**b) Gewähltes Vergabeverfahren:**  
Öffentliche Ausschreibung

**c) ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung:**

Art der akzeptierten Angebote  
- Elektronisch in Textform

**d) Art des Auftrags:**

Ausführung von Bauleistungen

**e) Ort der Ausführung:**

Mönchengladbach

**f) Art und Umfang der Leistung:**

Rahmenvertrag über Arbeiten an der öffentlichen Beleuchtung im gesamten Stadtgebiet Mönchengladbach - Neubau, Wartungs und Unterhaltungsarbeiten an der Beleuchtung für Verkehrsanlagen, Grünanlagen und Sportplätze

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:**

Erbringung von Planungsleistungen:  
Nein

**h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für ein, mehrere oder alle Lose einzureichen:**

Die Vergabe wird nicht in Lose aufgeteilt.

- i) **Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen:**  
Bestimmungen über die Ausführungsfrist  
Beginn der Ausführung spätestens am 01.10.2020  
Vollendung der Ausführung spätestens am 31.12.2022
- j) **gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs.2 Nr. 3 VOB/A zur Nichtzulassung von Nebenangeboten:**  
Nebenangebote sind zugelassen
- k) **gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrere Hauptangebote:**  
Mehrere Hauptangebote sind zugelassen
- l) **Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, Email-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 VOB/A bleibt unberührt**  
elektronisch:  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2J5/documents>
- m) **Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:**
- n) **Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden:**
- o) **Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist:**  
Angebotsfrist: 29.07.2020 11:00 Uhr  
Bindefrist: 09.09.2020
- p) **Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:**  
Eine Abgabe per Post ist nicht möglich.  
Die Abgabe elektronischer Angebote unter  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0Y2J5>  
unter Beachtung der dort genannten Nutzungsbedingungen ist zugelassen.
- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**  
DE
- r) **Die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung:**  
Niedrigster Preis
- s) **Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins, sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**  
29.07.2020 11:00 Uhr  
Ort der Öffnung: Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabepattform <https://www.vmp-rheinland.de>  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.
- t) **Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:**  
Sicherheit für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)  
Soweit die Auftragssumme bei einem Auftrag im Offenen Verfahren oder in einer Öffentlichen Ausschreibung mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer ohne Nachträge) zu leisten.
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:**
- v) **Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:**
- w) **Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bieters:**  
Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind  
- HVA B-StB Eigenerklärung zur Eignung (falls keine PQ-Nummer vorhanden bzw. die PQ- Qualifizierung nicht einschlägig ist), alternativ Einheitliche Europäische Eigenerklärung  
  
Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind  
- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben  
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal  
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer  
- Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)  
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt  
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz  
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen  
- Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung  
- Zur Höhe des Umsatzes Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen
- x) **Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann:**  
Bezeichnung:  
Bezirksregierung Düsseldorf  
– Dezernat 34 –  
Postanschrift:  
Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf  
  
**Sonstige Informationen für Bieter:**  
Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabepattform <https://www.vmp-rheinland.de>  
Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden:  
Nachgefordert  
Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y2J5
- Bezeichnung der Bauleistung:  
Kurzbezeichnung: Endausbau Stichweg Stiegerfeldstraße – Straßenbau  
Vergabenummer: 66-2020-022  
(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

### **Auftragsbekanntmachung National Bekanntmachungstext**

(Der unter a) bis x) angegebene Text dient nur zur Erläuterung; er ist aus drucktechnischen Gründen in der Bekanntmachung nicht zu wiederholen)

#### **a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie Emailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle):**

Bezeichnung:  
Stadt Mönchengladbach,  
Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,  
Umwelt – VI/V – Vergabestelle –  
Postanschrift:  
Markt 11, 41236 Mönchengladbach  
E-Mail:  
[zentrale-vergabestelledezernatVI@moenchengladbach.de](mailto:zentrale-vergabestelledezernatVI@moenchengladbach.de)

#### **b) Gewähltes Vergabeverfahren:** Öffentliche Ausschreibung

- c) **ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung:**  
Art der akzeptierten Angebote  
-Elektronisch in Textform
- d) **Art des Auftrags:**  
Ausführung von Bauleistungen
- e) **Ort der Ausführung:**  
Stiegerfeldstraße, 41065 Mönchengladbach
- f) **Art und Umfang der Leistung:**  
Straßenbau  
Endausbau einer Erschließungsstichstraße durch Rückbau der vorhandenen asphaltierten Baustraße und Herstellung einer neuen Deckschicht in Pflasterbauweise gemäß Standard der Stadt Mönchengladbach für verkehrsberuhigte Bereiche. Weiterhin Errichtung der Beleuchtung.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:**  
Erbringung von Planungsleistungen:  
Nein
- h) **Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für ein, mehrere oder alle Lose einzureichen:**  
Die Vergabe wird nicht in Lose aufgeteilt.
- i) **Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen:**  
Bestimmungen über die Ausführungsfrist  
Vollendung der Ausführung nach Datum: Spätestens am 31.12.2020
- j) **gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs.2 Nr. 3 VOB/A zur Nichtzulassung von Nebenangeboten:**  
Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- k) **gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrere Hauptangebote:**  
Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen
- l) **Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, Email-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 VOB/A bleibt unberührt**  
elektronisch:  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0Y275/documents>
- m) **Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:**
- n) **Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden:**
- o) **Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist:**  
Angebotsfrist: 30.07.2020 10:30 Uhr  
Bindefrist: 10.09.2020
- p) **Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:**  
Eine Abgabe per Post ist nicht möglich.  
Die Abgabe elektronischer Angebote unter  
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0Y275>  
unter Beachtung der dort genannten Nutzungsbedingungen ist zugelassen.
- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** DE
- r) **Die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung:**  
Niedrigster Preis
- s) **Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins, sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**  
30.07.2020 10:30 Uhr  
Ort der Öffnung:  
Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform  
<https://www.vmp-rheinland.de>  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.
- t) **Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:**
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:**
- v) **Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:**
- w) **Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bieters:**  
Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind
- HVA B-StB Unterauftrag-/Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Unterauftrag-/Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Unterauftrag-/Nachunternehmer vergeben werden sollen)
  - HVA B-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
  - HVA B-StB Eigenerklärung zur Eignung (falls keine PQ-Nummer vorhanden bzw. die PQ-Qualifizierung nicht einschlägig ist), alternativ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind
- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
  - Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
  - Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
  - Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes abgegeben wurde)
  - Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
  - Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
  - Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
  - Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
  - Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung



Stadt Mönchengladbach, 41050 Mönchengladbach  
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt

„Amtsblatt der Stadt Mönchengladbach“ - Herausgeber:  
Der Oberbürgermeister – Fachbereich Organisation und  
IT, Wilhelm-Strauß-Straße 50-52, 41236 Mönchenglad-  
bach, Telefon (02161) 25-2565 oder 25-2563. Das Amts-  
blatt erscheint in der Regel am 15. und Letzten  
eines Monats. Der Jahresbezugspreis einschließlich Post-  
zustellgebühren beträgt 20,45 EURO, zahlbar im Voraus  
nach Erhalt der Rechnung. Einzelexemplare werden im  
Fachbereich Organisation und IT zum Preis von 0,77  
EURO abgegeben. In den Stadtbibliotheken und in den  
Bezirksverwaltungsstellen liegt das Amtsblatt zur Einsicht-  
nahme aus. Neu- bzw. Abbestellungen nimmt Fachbe-  
reich Organisation und IT nur schriftlich entgegen. Kündi-  
gungen sind bis spätestens 30. November (Poststempel)  
nur zum Ende des Jahres möglich.

Druck: Peter & Walter Pies, 41065 Mönchengladbach.

**x) Name und Anschrift der Stelle, an die  
sich der Bieter zur Nachprüfung be-  
haupteter Verstöße gegen Vergabe-  
bestimmungen wenden kann:**

**Bezeichnung:**

Bezirksregierung Düsseldorf

– Dezernat 34 –

Postanschrift:

Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

**Sonstige Informationen für Bieter:**

Angebotsabgabe elektronisch über die  
Vergabeplattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit  
Angebotsabgabe gefordert war, wer-  
den:

nachgefordert

Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0Y275

**Kraftloserklärung  
eines Sparkassenbuches**

Das nachstehend aufgeführte verloren-  
gegangen Sparkassenbuch, ausgestellt  
von der Stadtparkasse Mönchen-  
gladbach, wurde am 1. Juli 2020 durch  
Beschluss des Sparkassenvorstandes für  
kraftlos erklärt:

**Sparkassenbuch-Nr.:**

**3401071133**

Mönchengladbach, den 1. Juli 2020

STADTSPARKASSE  
MÖNCHENGLADBACH  
Der Vorstand